

Milosevic-Prozess fortgesetzt

DEN HAAG: Nach dreiwöchiger Unterbrechung ist gestern in Den Haag der Kriegsverbrecherprozess gegen den früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic fortgesetzt worden. Ein Sprecher des UN-Tribunals erklärte, der Angeklagte habe sich vollständig von seiner Grippe erholt. Die Richter verfügten, dass das Verfahren zunächst in nichtöffentlicher Sitzung weiterverhandelt werden soll. Dies geschieht üblicherweise zum Schutz von Zeugen. Milosevic muss sich wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten. Sein Verfahren begann am 12. Februar. Bislang sagten 19 der 350 Zeugen der Staatsanwaltschaft vor Gericht aus.

Regierungswechsel zeichnet sich ab

BUDAPEST: In Ungarn zeichnet sich ein Regierungswechsel ab. Nach dem vorläufigen Ergebnis von gestern lagen die oppositionellen Sozialisten in der ersten Runde der Parlamentswahl mit 42,09 Prozent der Stimmen vorn.

Die konservative Regierungspartei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán kam auf 41,11 Prozent. Der liberale Bund Freier Demokraten schaffte bei der Wahl am Sonntag mit 5,6 Prozent den Einzug ins neue Parlament. Die Wahlbeteiligung erreichte die Rekordmarke von 71 Prozent.

Die liberalen freien Demokraten gelten als möglicher Koalitionspartner der Sozialisten. Schon gestern Abend wollten sich die Parteichefs der beiden Parteien zu ersten Koalitionsgesprächen treffen.

Weil die rechtsextreme Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei mit 4,4 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, hat die Fidesz keinen Koalitionspartner zur Verfügung.

Experten geben den Sozialisten deshalb gute Chancen für den Wahlsieg beim zweiten Wahlgang am 21. April. «Die Wahrscheinlichkeit des Sieges einer Koalition aus Sozialisten und Liberalen ist sehr gross», sagte der Politologe Attila Agh.

19 UN-Polizisten verletzt

KOSOVSKA MITROVICA: Bei Zusammenstößen mit mehreren hundert protestierenden Serben sind im Kosovo 19 Polizisten der internationalen UN-Truppe verletzt worden, einer von ihnen lebensgefährlich. Das teilte der Leiter der Polizeitruppe, Stefan Feller, in der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica mit. Über die Nationalität der Verletzten machte er keine Angaben. Die Ausschreitungen gestern waren die schwersten in der Stadt seit Monaten.

Nach Angaben von UN-Sprecher Barry Fletcher protestierten hunderte Bewohner gegen die Festnahme eines örtlichen Serbenführers. Die Demonstranten hätten die UN-Polizei mit Steinen und zwei Handgranaten beworfen. Zwei bewaffneten Männer schossen auf die Polizisten, die das Feuer erwiderten. Laut einer Meldung der privaten Nachrichtenagentur Beta waren während der Zusammenstöße im serbischen Teil von Kosovska Mitrovica zwei Explosionen sowie Schüsse aus Maschinengewehren zu hören.

Scharon lässt weiter schiessen

Zinni beim israelischen Regierungschef – Powell fordert sofortigen Rückzug

JERUSALEM: Trotz der Friedensbemühungen der amerikanischen Unterhändler Colin Powell und Anthony Zinni weigert sich der israelische Regierungschef Ariel Scharon weiter, die Kämpfe zu beenden und seine Truppen aus den palästinensischen Gebieten abzuziehen.

Die Palästinenser forderte Scharon unverhüllt zum Sturz von Präsident Jassir Arafat auf, während er «gemässigten» arabischen Politikern gestern eine Gipfelkonferenz vorschlug, was von arabischer Seite umgehend abgelehnt wurde. US-Aussenminister Powell machte deutlich, dass er eine Abzugsgeister der Israelis erwarte.

Unterdessen wuchs der internationale Druck auf Israel. Während Zinni in Jerusalem mit Scharon konferierte, bestellte der UN-Sicherheitsrat in New York gestern den israelischen Gesandten ein. Die Vertreter der 15 Ratsmitglieder wollten wissen, warum Israel die Resolution mit der Forderung nach einem sofortigen Truppenrückzug nicht beachtet habe.

Sanktionen nicht ausgeschlossen

Die EU wollte Sanktionen gegen Israel nicht mehr ausschliessen, wie ihr ausserpolitischer Vertreter Javier Solana am Montag in Brüssel mitteilte. Kommissionspräsident Romano Prodi deutete an, dass auch über das Assoziierungsabkommen der Druck auf Israel erhöht werden könnte. Er wolle darauf hinwirken, dass die nächste, für Dezember geplante Sitzung des Assoziationsrates vorgezogen und so schnell wie möglich einberufen werde, sagte Prodi.

Scharon schlug gestern vor der Knesset einen israelisch-arabischen Gipfel vor. Er sei bereit, mit gemässigten arabischen Regierungschefs ohne Vorbedingungen über ein Friedensabkommen zu sprechen. Der libanesische Präsident bezeichnete Scharons Vorstoss als durchsichtiges Manöver, um die Aufmerksamkeit von Powells Nahost-Mission abzulenken. Der palästinensische Minister Nabil Schaath wies Scharons Worte ebenso zurück wie der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, der dem Plan jede Glaubwürdigkeit absprach. Scharons Worte



Scharon hatte einen Stopp der Militäroffensive gegen die Palästinenser erneut abgelehnt. (Bilder: Keystone)

dienten nur den Extremisten in Israel.

Die schwersten Kämpfe tobten auch gestern in Nablus und Dschenin, wo nach israelischen Schätzungen 100 Palästinenser und zwei israelische Soldaten getötet wurden. Es habe viele Fälle gegeben, in denen sich Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt hätten, berichtete ein israelischer Kommandeur.

Israel erzürnt katholische Kirche

Zu immer grösserer Verstimmung zwischen der katholischen Kirche und Israel führten die Kämpfe um die Geburtskirche in Bethlehem. Durch israelische Granaten brach ein Feuer aus. Die israelischen Belagerer liessen palästinensische Feuerwehrleute erst nach einer Leibesvisitation zum Brand in einer katholischen Katharinenkirche gehörenden Empfangshalle vor. Ein palästinensischer Polizist, der Flammen löschen wollte, wurde nach palästinensischen Angaben erschossen.

Papst Johannes Paul II. bezeichnete die Lage in Bethlehem als «unvorstellbar und unannehmbar». Der Franziskanerorden widersprach israelischen Darstellungen, wonach die Mönche von militanten Palästinensern als Geiseln genommen wurden. Der höchste Repräsentant der Franziskaner im Heiligen Land, Giovanni Batistelli, wies die israelische Darstellung zurück, aus der Geburtskirche sei geschossen worden. «Niemand hat aus dem Kirchenkomplex heraus geschossen. Es war ein Angriff israelischer Streitkräfte.»

Irak reagiert mit Ölwanne

BAGDAD: Auf die Eskalation der Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt hat Irak gestern mit dem begrenzten Einsatz der Ölwanne reagiert. Der irakische Präsident Saddam Hussein kündigte an, ab sofort die Ölexporte zu kürzen. Die Massnahme gelte für 30 Tage oder bis Israel sich aus den palästinensischen Autonomiegebieten zurückziehe. Die irakische Führung habe beschlossen, «den Ölexport durch die Pipelines, die in die türkischen Häfen am Mittelmeer und den Süden führen, völlig zu stoppen».

Bombenanschlag auf Regierungsmitglieder

Afghanistan: Verteidigungsminister Mohammed Fahim blieb unverletzt

KABUL: Die afghanische Regierung wird mit immer neuen Destabilisierungsversuchen konfrontiert: Einen Tag nach dem Angriff auf ein Lager der UN-Schutztruppe (ISAF) detonierte gestern in Dschalalabad eine Bombe vor dem Konvoi des Verteidigungsministers Mohammed Fahim. Fahim blieb unverletzt, vier Passanten wurden jedoch getötet und 16 verletzt.

An der Stelle, von der aus am Sonntag zwei Raketen auf das ISAF-Quartier in Kabul abgefeuert worden waren, entdeckte die Polizei unterdessen weitere Geschosse desselben Typs. Drei der vier Raketen seien abschussbereit gewesen, sagte ISAF-Sprecher Can Oz

Tuaf gestern.

Die Abschussvorrichtung lag gut vier Kilometer vom Quartier der internationalen Friedenstruppe entfernt. In dem Lager sind auch deutsche Soldaten untergebracht. Nach Angaben von ISAF-Sprecher Tony Marshall waren alle Raketen mit einem primitiven Zeitzähler versehen.

Zunächst hatte es geheissen, eines der in China hergestellten Geschosse sei am frühen Sonntagmorgen nur wenige Meter vom Stützpunkt der Friedenstruppe entfernt explodiert. Erste Ermittlungen ergaben laut Marshall jedoch, dass der Sprengkopf der Rakete nicht detonierte. Verletzt wurde bei dem Angriff niemand.

Die ISAF brachte den Vorfall mit Be-

strebungen zur Destabilisierung von Karsais Interimsregierung in Zusammenhang. In der vergangenen Woche waren im Zusammenhang mit einem missglückten Putsch 160 Menschen festgenommen worden. Hinter diesem Umsturzversuch wurde der ehemalige Ministerpräsident und Mudschahedin-Führer Gulbuddin Hekmatjar vermutet.

Programm zur Vernichtung der Mohnernte in Kraft

Unklar war zunächst, ob der mutmassliche Anschlag auf Fahim mit dem Grund für den Aufenthalt des Ministers in Dschalalabad zusammenhing: Fahim war in die ostafghanische Stadt gekommen, um dort mit Lokal-

politikern und Stammesführern über die Vernichtung der für die Opiumproduktion gezeigten Mohnpflanzen zu sprechen. Ein entsprechendes Regierungsprogramm trat am Montag in Kraft.

In den 90er-Jahren kamen mehr als 70 Prozent des weltweit erzeugten Opiums aus Afghanistan. Das Taliban-Regime verbot den Opium-Anbau, doch nach Beginn der US-Angriffe im Oktober bestellten die Bauern ihre Felder wieder neu. Die seit Dezember amtierende Interimsregierung von Hamid Karsai verhängte schliesslich im Januar ein Verbot des Mohnanbaus und bot Bauern eine finanzielle Entschädigung für die freiwillige Zerstörung der Ernte an.

Das
Volksblatt
Magazin

sofa

multimedia

ERSCHEINUNGSDATUM:
2. Mai 2002
INSERATESCHLUSS: 16.04.2002



Auskünfte und
Reservierungen unter
der Telefonnummer:
+423 237 51 51